

526 Rp
DAS DENKEN SALAZARS

PORTUGIESISCHE PROBLEME IN AFRIKA

*VOLLSTÄNDIGE FASSUNG DES INTERVIEWS, DAS VON DEM
MINISTERPRÄSIDENTEN PORTUGALS DER NORDAMERIKANI-
SCHEN ZEITSCHRIFT "LIFE" GEWÄHRT WURDE. DIESE
FASSUNG IST DIE EINZIGE, DIE DIESE ZEITSCHRIFT ZU
VERÖFFENTLICHEN ERMÄCHTIGT WAR.*

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO

LISSABON



1962

N.I. 670

DAS DENKEN SALAZARS



PORTUGIESISCHE PROBLEME IN AFRIKA

*VOLLSTÄNDIGE FASSUNG DES INTERVIEWS, DAS VON DEM
MINISTERPRÄSIDENTEN PORTUGALS DER NORDAMERIKANI-
SCHEN ZEITSCHRIFT "LIFE" GEWÄHRT WURDE. DIESE
FASSUNG IST DIE EINZIGE, DIE DIESE ZEITSCHRIFT ZU
VERÖFFENTLICHEN ERMÄCHTIGT WAR.*



SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO
LISSABON ● 1962

INCORPORAÇÃO

069 / I.N.S.

DAS DENKEN SALAZARS

PORTUGIESEISCHE PROBLEME
IN AFRIKA

WOLLENDEN KRIEGE DES INTERIORS DES VON DEN
MINISTERIEN FORTGEFÜHRT DER VORBEREITUNG
KANN ZEITWEISE WERDEN GUT SEIN FÜR DIE
LEBENS FÜR DIE KIRCHE UND DIESE ZEITWEISE
KONSTITUTIONEN ERWÄHNT WERDEN

REGIMEN DA NACIONAL DA INFORMAÇÃO
LISBOA 1962

Liegt die Autonomie jetzt oder später für Angola und Moçambique im Rahmen des Möglichen oder Durchführbaren?

Diese Frage scheint die Vorstellung vorauszusetzen, dass Angola und Moçambique keine Autonomie geniessen. Falls dies die Meinung ist, so entspricht sie nicht der Wirklichkeit, denn sowohl Angola als auch Moçambique geniessen eine weitgehende Autonomie, die in gewissen Sektoren sogar total ist. Ich möchte als Beispiel den Sektor des Budgets anführen, — der, wie ich glaube, allgemein als eines der grundlegenden Merkmale des Autonomiestatuts angesehen wird; in der Tat sind die Regierungen von Angola und Moçambique die ausschliesslichen Verantwortlichen für die Verwaltung der öffentlichen Mittel, und zwar sowohl derjenigen, die aus der Einziehung der Einnahmen des Überseegebiets selbst herrühren, als auch derjenigen, die von Subsidien und Anleihen stammen, welche das Mutterland leistet. Ich könnte andere Beispiele anführen, um nicht nur die Durchführbarkeit der Autonomie, auf die Sie anspielten, sondern die Realität einer Situation zu belegen, die tatsächlich und von Rechts wegen besteht. Natürlich gibt es Zuständigkeiten, die der Zentralgewalt gesetzlich zugeschrieben oder vorbehalten sind, denn da kein ausschliesslicher Masstab für Autonomie bekannt ist, rät die Vorsicht an, dass diese Autonomie sich einerseits der Fähigkeit der Provinzen zur Führung ihrer Geschäfte anpasse, und dass andererseits die Einheit der portugiesischen Nation respektiert werde, die die Provinzen selbst wohl nicht werden zerbrechen wollen. In dem Masse, in dem die Gebiete sich entwickeln und der Unterricht sich ausbreitet, werden die Lokaleliten zahlreicher und fähiger,

und ihre Aufgaben können ohne Risiko, ja sogar zum Vorteil der nationalen Gemeinschaft erweitert werden. Wir arbeiten in diesem Sinne.

Da es sich um eine praktische Hypothese handelt, können Sie die Frist voraussehen, innerhalb welcher sowohl Angola als auch Moçambique darauf vorbereitet sein können, ihren Platz in der Gemeinschaft der Völker für sich selbst einzunehmen?

Wenn Sie mit «für sich selbst» soviel wie «als souveräne Staaten» meinen, muss ich sagen, dass ich darauf nicht antworten kann. Die Tatsache, dass ein Gebiet sich für unabhängig erklärt, ist ein natürliches Phänomen in den menschlichen Gesellschaften und stellt daher eine stets im Rahmen des Möglichen liegende Hypothese dar, aber wahrlich kann man weder, noch soll man eine Frist dafür festsetzen. Stundenplanmässigen Programmen wird die unvorstellbare Politik unserer Zeit unterworfen, derzufolge man anstrebt, dass die Staaten Fristen festsetzen, um ihre Einheit zu zerbrechen und in Stücke zu zerfallen. Sie ist absurd. Aber wenn auch absurd, müsste sich diese Politik doch wenigstens zum Wohl der Völker mit der Tatsache auseinandersetzen, dass die Bedingungen einer demographischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen und politischen Entwicklung erfüllt sind oder nicht, auf denen ein unabhängiger Staat aufgebaut und eine verantwortliche Souveränität erstellt werden kann. Nun, diese Bedingungen sind in den in Frage stehenden Gebieten nicht erfüllt, und wenn Angola und Moçambique die nationale portugiesische Einheit und nicht die Erschütterungen der Unabhängigkeit fühlen und erleben, dann kann die zu erfüllende Mission auf keinen Fall darin bestehen, eine Loslösung auf nähere oder weitere Sicht vorzubereiten, sondern ihre harmonische Entwicklung innerhalb der Nation zu fördern.

Aber vielleicht haben Sie bei Ihrer Frage nicht so weit gehen wollen, und deshalb werde ich sie noch unter einem anderen Blickwinkel untersuchen — dem Blickwinkel einer weitgehenden

Autonomie von Angola und Moçambique. Die Tendenz, die bei der Entwicklung der internationalen Gemeinschaft zu bemerken ist, verläuft immer mehr im Sinne der Bildung wirtschaftlicher Grossräume, die ein grösseres oder kleineres Mass an politischer Integration im Auge haben können, aber immer auf eine engere Verknüpfung der politischen Bande hinstreben, die irgendwie die betreffenden Oberherrschaften einschränken. Andererseits glaube ich, dass man nicht ableugnen kann, dass Angola und Moçambique gegenwärtig bereits ihren Platz in der Gemeinschaft der Nationen einnehmen, denn wenn dem nicht so wäre, wie wäre es verständlich, dass ihre wirtschaftlichen und kulturellen Tätigkeiten über die Grenzen hinausstrahlen; dass ihre Häfen und Eisenbahnen Schlüsselstellungen bei der Ausnutzung der Hilfsmittel des afrikanischen Kontinents darstellen; dass ihre Produkte im Zusammenspiel der den internationalen Handel regelnden Organisationen berücksichtigt werden und schliesslich, dass ihren Bevölkerungen der unser Jahrhundert kennzeichnende wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Austausch zugute kommt und dass sie dazu beitragen? Im Zusammenhang mit den vorstehenden Betrachtungen und ohne die ferne Zukunft enthüllen zu wollen, zögere ich nicht, auf die Frage mit der Behauptung zu antworten, dass, wenn man uns in Frieden arbeiten lässt, der Platz, der Angola und Moçambique in der internationalen Gemeinschaft und insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent zusteht, in den nächsten Jahren fortschreitend an Bedeutung gewinnen wird.

Können Eure Exzellenz, wenn die Autonomie weder eine praktische, noch eine wünschenswerte Hypothese darstellt, angeben, warum?

Die Betrachtungen, die ich bei der Beantwortung der vorhergehenden Fragen anstellte, antworten für sich auf diese Frage, es sei denn, dass Autonomie der Unabhängigkeit gleichgesetzt wird. Ich werde nur wiederholen, dass diese Autonomie tatsächlich und von Rechts wegen existiert; es ist jedoch so, dass es sich

um eine Autonomie handelt, die ausgerichtet ist, ausschliesslich den Interessen Angolas und Moçambiques und nicht fremden Interessen zu dienen, und vielleicht zeigen sich letztere deswegen so wenig gewillt, die Wirklichkeit der Lage in jenen zwei Gebieten zu verstehen und anzunehmen.

Existieren Faktoren, die das Problem der portugiesischen Gebiete in Afrika anders gestalten als die anderer Regionen, die Autonomie oder Unabhängigkeit erstreben oder erhalten haben?

Wir sind wegen unseres hartnäckigen Festhaltens an dem Ideal der in den Tropen sich entwickelnden vielrassischen Gesellschaft kritisiert worden, als ob ein solches Ideal sich der menschlichen Natur, der allgemeinen moralischen Ordnung oder den Interessen der Völker entgegenstelle, wo doch gerade das Gegenteil festzustellen ist. Ohne auf das Problem näher einzugehen, möchte ich sagen, dass wir Portugiesen nicht anders auf der Welt leben können, auch weil wir uns vor acht Jahrhunderten am Ende zahlreicher, aus dem Osten, dem Norden und dem Süden, d. h. aus Afrika kommender Invasionen in einem sozialen Typ der Rassenvielheit zur Nation entwickelt haben. Vielleicht ist uns von daher ein natürlicher Hang — auf den wir uns umso ungezwungener beziehen, als er von hervorragenden ausländischen Soziologen anerkannt worden ist — zu Kontakten mit anderen Völkern geblieben, Kontakten, die stets frei waren von jedwedem Begriff der Überlegenheit oder rassistischer Diskriminierung.

Es steht uns nicht zu, die anderen wegen ihrer Taten oder Unterlassungen zu richten, aber wir können nicht umhin zu bemerken, dass der Kolonialismus — und ich denke, dass Ihre Frage sich auf dieses Gebiet bezieht, — eine Folgeerscheinung der industriellen Revolution ist, die ab Ende des 18. Jahrhunderts in Europa vor sich ging, zu einem Zeitpunkt, an dem wir bereits jahrhundertealte menschliche Kontakte mit Völkern hergestellt hatten, die später den politischen Imperativen anderer euro-

päischer Völker unterstellt wurden: Diese hatten im Gegensatz zu Portugal vorwiegend wirtschaftliche Interessen im Auge. Aus dieser Politik wirtschaftlicher Ausbeutung ergaben sich für den afrikanischen Kontinent und seine Bevölkerungen unbestreitbare Vorteile, die man heutzutage dort und in andren Kontinenten herabzusetzen versucht. Man soll also die durchgeführte Arbeit nicht unterschätzen, aber ich glaube behaupten zu dürfen, dass das, was Portugiesisch Afrika — trotz aller Bemühungen, die sich von vielen Seiten zusammentaten, um es sowohl mit Worten, als auch mit Taten anzugreifen — auszeichnet, der Vorrang ist, den wir seit jeher der Steigerung des Wertes und der Würde des Menschen ungeachtet der Hautfarbe oder des religiösen Bekenntnisses unter Beachtung der zivilisatorischen Grundsätze, deren Träger wir unter uns in jeder Hinsicht fernstehenden Bevölkerungen waren, gegeben haben und auch weiterhin geben werden. Das brachte uns zu der Überzeugung, dass der wirtschaftliche, soziale und politische Fortschritt, wenn er auch langsam sein mag, nur auf diesem Wege sicher und dauerhaft ist: Andernfalls, und das Phänomen liegt offen zu Tage, sind die nicht ausgereiften, sondern in Serie fabrizierten Autonomien und vor allem Unabhängigkeiten rein künstliche Gebilde und stellen lediglich ein Mittel dar, den alten Kolonialismus in einen neuen und vielleicht schlimmeren Kolonialismus zu verwandeln.

Besteht gegenwärtig ein Verwaltungskader afrikanischer Angolaner, der imstande wäre, die zur Leitung einer Gesellschaft nötigen Aufgaben durchzuführen, d. h. die Ordnung aufrechtzuerhalten, Briefmarken zu verkaufen? Falls das nicht der Fall sein sollte, wird es möglich sein, einen solchen Kader zu bilden? Wieviel Zeit wäre dazu nötig? 10 Jahre? 20 Jahre?

Ich glaube, Ihre drei Fragen in zwei zusammenfassen zu können: Besteht ein angolischer Verwaltungskader? Und falls er existiert, ist er ausreichend? Auf die erste antworte ich ohne Zögern bejahend und füge hinzu, dass dieser Kader weit über die Polizeikräfte oder die Postbeamten hinausgeht.

Im Einklang mit dem für uns grundlegenden Kriterium der Auswahl nach den Fähigkeiten eines jeden und somit unter Ausschluss rassistischer Erwägungen gibt es in allen Verwaltungszweigen Afrikaner, die Seite an Seite mit Europäern arbeiten, welche teils in Afrika, teils hier geboren sind, — wenn es nicht vorkommt, was übrigens häufig der Fall ist, dass Afrikaner eine leitende Stellung einnehmen und europäische Beamte zu Untergebenen haben. So nehmen Afrikaner das Amt von Distriktgouverneuren, Bürgermeistern, Dienststellenleitern usw. wahr. Und ich möchte schliesslich noch darauf aufmerksam machen, dass diese Situation nicht die Folge übereilter Massnahmen der zwölften Stunde und politischer Verlegenheitslösungen ist, sondern das Ergebnis der schrittweisen Entwicklung unserer traditionellen Politik einer gemeinsamen sozialen Förderung — denn viele Jahrhunderte, bevor man von Menschenrechten und Rassengleichheit sprach, hatten wir hohe farbige Würdenträger sowohl in den Provinzen, als auch am portugiesischen Hof. Was man heute Afrikanisierung der Kader nennt, zeigt deutlich die Makel des schwarzen Rassismus, der angesichts unserer Ideen und unserer Überseepolitik zumindest ebenso unannehmbar ist wie der weisse Rassismus. Und es wird sich zeigen, dass es unmöglich ist, die Zukunft Afrikas auf diesem Rassismus aufzubauen.

Was die zweite Frage anbelangt, so ist es wohl selbstverständlich, dass wir die bestehenden Kader nicht für ausreichend ansehen können, wenn Angola und Moçambique eine Periode ausserordentlichen Fortschritts durchmachen, und wenn wir dort mit weitangelegten Entwicklungsplänen aller Art befasst sind. Übrigens verdeutlicht dieser Mangel — der vor allem gewissen unabhängigen Staaten Afrikas Sorge bereitet, und das mit augenfälligen Folgen — einen Punkt, der oft von vielen vergessen wird, die sich mit dem afrikanischen Problem beschäftigen, d. h. den Umstand, dass das Geld für sich allein, auch wenn es mit übereilten politischen Unabhängigkeiten einhergeht, keine Lösung für die Probleme einer in der Entwicklung begriffenen Gesellschaft darstellt. In der Tat hat der Bau von Schulen nur dann einen Sinn, wenn ihm die Ausbildung von Lehrern

vorausgeht; die Leitung der Wirtschaft erfordert Manager, Techniker und Wirtschaftler; die wirtschaftliche Entwicklung erfordert eine Finanzverwaltung; die politische Verantwortung verlangt Politiker, die auf den unteren Stufen der Verwaltung trainiert sind. Es nützt gar nichts, über eine kleine Elite zu verfügen, die dazu bestimmt ist, eine «Regierung» zu bilden, wenn das soziale und kulturelle Niveau der Masse der Bevölkerung nicht gehoben wird: diese Regierung wird die grosse Masse nicht heben, sondern die Tendenz zeigen, auf deren Niveau hinabzusinken, und sie wird allen Einflüssen unterworfen sein, die, im Falle, dass es ausländische sind, ihre Unabhängigkeit beschneiden werden. Es ist wahr, dass eine Schule, ein Unternehmen oder eine politische Institution in kurzer Zeit errichtet oder geschaffen werden können, aber das menschliche Element, das benötigt wird, um sie zu leiten und lebensfähig zu gestalten, hängt nicht nur von den Fonds ab, die ihnen zur Verfügung gestellt werden. Und wenn wir bedenken, dass die gegenwärtige Fortschrittswelle Afrikas erst auf wenige Jahre zurückblickt, werden wir vielleicht den Grund für viele Unzulänglichkeiten und Enttäuschungen der internationalen afrikanischen Politik finden. Wir unsrerseits tun alles, damit mit der allgemeinen Entwicklung die Eliten ausgebildet werden, die der Fortschritt erfordert. Da wir mit der Übersee im System kommunizierender Röhren zusammenarbeiten, versuchen wir hier und dort den Unterricht, vor allem das Berufs- und Gewerbeschulwesen zu entwickeln für die Kader, deren wir bedürfen. Ich werde daher noch eine dritte Bemerkung machen: Man fragt uns oft nach der Lage der überseeischen Kader und nie nach der Stellung, die die Menschen aus Übersee im Leben und in den öffentlichen Ämtern des europäischen Portugal einnehmen. Das Fehlen von Statistiken auf rassistischer Grundlage erlaubt es nicht, mit Genauigkeit auf Fragen dieser Art zu antworten, aber es ist leicht festzustellen, dass Kapverdianer, Goesen, aus Angola und Moçambique Gebürtige in europäischen Kadern und in denen aller Provinzen ohne Exklusivitäten oder Unterschiede öffentliche Funktionen ausüben. Sie sind z. B.

hier in der Verwaltung, in der Lehrerschaft, im höheren Beamtentum usw. anzutreffen.

Wird das allem Anschein nach nahe bevorstehende Ende des Krieges in Algerien für Portugal in Afrika noch ein weiteres politisches Problem mit sich bringen? D. h., ist zu erwarten, dass bewaffnete und trainierte Offiziere der F. L. N. sich über Kongo oder Guinea nach Angola begeben?

Die internationale Presse hat in der Tat Nachrichten veröffentlicht, nach denen die ausländischen Organisationen, die für den Terrorismus im Nordem Angolas verantwortlich sind, der aus Mangel an günstigem Milieu bezwungen werden konnte, jetzt Verstärkungen aus dem Truppenbestand der F. L. N. rekrutiert oder einige ihrer Gefolgsleute nach Algerien geschickt hätten, damit sie dort trainieren und dann über die Nordgrenze in Angola eindringen sollten. Vor einiger Zeit erschien sogar in einer grossen amerikanischen Zeitung eine Photographie, die diese algerischen Rekruten beim Training zeigte. Wir wissen nicht, ob derartige Informationen wahr sind oder nicht, aber über die Vorsichtsmassnahmen hinaus, die getroffen werden müssen, ziehen wir daraus zwei beachtenswerte Schlussfolgerungen. Die erste ist die, dass gewisse Kreise der öffentlichen Meinung, die sich hartnäckig weigerten und sich noch weigern, unserer Behauptung Glauben zu schenken, dass der Terrorismus in Angola von aussen vorbereitet, geleitet und entfesselt wurde, nun die ersten sind, die bestätigen, dass die sogenannte «nationalistische Rebellion» in Angola ausschliesslich von der ausländischen Initiative abhängt und an Geldmitteln, Material und Personal von aussen genährt wird. Es will uns scheinen, dass ein solches Eingeständnis von einer entschiedenen Missbilligung im Namen der von diesen Kreisen so arglos proklamierten Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes und des friedlichen Zusammenlebens begleitet sein sollte. Aber das ist nicht der Fall, und es hat den Anschein, dass algerische Offiziere oder Soldaten von diesen

Kreisen als «angolanische Nationalisten» werden angesehen werden. Ich las vor Tagen in einer seriösen englischen Zeitung die Nachricht, dass Polen Portugiesisch sprechende Polen sucht, um sie nach Angola zu schicken. Werden auch diese als «afrikanische Nationalisten» angesehen werden müssen?

An zweiter Stelle, und diese Information mit anderen vergleichend, die jetzt jeden Tag über Anschuldigungen und Rivalitäten unter den Leitern und den Mitgliedern der erwähnten Organisationen veröffentlicht werden, ist festzustellen, dass die für den Terrorismus Verantwortlichen die Hoffnung verloren haben, die friedfertige Bevölkerung Angolas dahinzubringen, sich ihrer Bewegung anzuschliessen, und das trotz aller an ihr zu dem Zwecke verübten Grausamkeiten, durch Einschüchterung ihre Reihen zu füllen, um den Anschein zu erwecken, als handle es sich um eine interne Bewegung. Nachdem diese Absicht gescheitert war, blieb das Hilfsmittel, das sie jetzt anzuziehen scheint — weshalb die Nachricht, wenn sie uns auch zur Vorsicht warnt, uns nicht überrascht. Aber es ist immerhin merkwürdig festzustellen: Die Welt betrachtet die in den Streitkräften Katangas dienenden Ausländer als «Söldner», deren Tätigkeit verboten werden muss; aber die Ausländer, die den Terror im Norden Angolas entfesseln, müssen als «angolanische Nationalisten» angesehen werden.

Wird die Anwesenheit von etwa 250 000 portugiesischen Staatsbürgern aus dem Mutterland in irgendeiner Weise ein Problem hervorrufen, das dem «Problem der Kolonisten» ähnlich wäre, welchem sich die Engländer in Kenia und die Franzosen in Algerien gegenübersehen?

Ich vermute, dass es sowohl in Kenia wie in Algerien Kolonisten gibt, deren Familien seit vielen Generationen dort ansässig sind, weshalb es sicherlich unter diesem Gesichtspunkt Ähnlichkeiten mit in unseren Provinzen vorhandenen Situationen geben wird. Es scheint jedoch, dass zumindest hinsichtlich des ersteren jener Gebiete von Seiten der europäischen Bevölke-

rungsteile die allgemeine Tendenz besteht, das Land zu verlassen: hierin wird es wohl keine Parallele mit Angola oder Moçambique geben. Ausserdem—und dieser Punkt ist entscheidend—scheint es keinerlei Ähnlichkeit zu geben zwischen den Beziehungen, die zwischen den die erwähnten Gebiete bewohnenden Volksgruppen bestehen, und denen, die zwischen den verschiedenen Volksgruppen Angolas vorliegen, wo seit Jahrhunderten unter einer Oberherrschaft, die ihnen das Gefühl des Eingliedertseins in eine Nation zu verleihen vermochte, diese Volksgruppen zusammenleben, sich miteinander vermischen und nebeneinander arbeiten, sodass Weisse und Schwarze in ihrem Lande sind und sich als Portugiesen von Angola betrachten.

Gibt es, vom Westen her gesehen, eine mögliche oder in der portugiesischen Politik enthaltene Kompromisslösung, welche die Extreme des Ultrakonservatismus der Kolonisten und das ultraliberale Fühlen bedingungsloser Unabhängigkeit vermeidet, welches entweder zur fast völligen Anarchie — siehe Kongo — oder aber zum Castrismus — siehe Kuba — führt?

Ich glaube, dass die Antworten auf einige der vorhergehenden Fragen klar auf das hindeuten, wofür wir stets in Afrika gearbeitet haben und wofür wir kämpfen: die Entwicklung und Befestigung einer vielrassischen, vom Recht regierten Gesellschaft mit gleicher Gerechtigkeit für alle ohne Unterscheidung der Rasse oder des Bekenntnisses, in welcher die Aufstiegsmöglichkeiten allen gemäss ihrer Verdienste und Fähigkeiten offenstehen. Die Bildung einer solchen Gesellschaft erfordert, dass nicht im Namen irgendeines mehr oder weniger gut maskierten Rassismus der Beitrag der einen oder der anderen Gruppe ausgeschlossen werde; dass der soziale Aufstieg auf soliden Grundlagen beruhe, wobei die Zuteilung der Verantwortlichkeit der Fähigkeit zu ihrer Übernahme zu entsprechen habe; dass die wirtschaftliche Entwicklung so schnell wie möglich, doch stets auf der Grundlage der materiellen und menschlichen Gegebenheiten vor sich gehe; dass die politische Macht, ohne diese oder jene Gruppe auszuschliessen, in den Dienst der Gesell-

schaft gestellt und nicht diese von jener abhängig gemacht werde. Dies sind die Endziele unserer Politik. Wir gehen unermüdlich und gradlinig auf diese Ziele zu, doch geben wir zu, dass wir noch viel zu tun haben, namentlich auf den Gebieten der Infrastrukturen des Fortschritts, wie Gesundheits- und Erziehungswesen. Wir haben ehrlich und zielgerichtet auf diesen Gebieten derart gearbeitet, dass wir in keinem dieser Sektoren den Vergleich mit fast allen anderen afrikanischen und vielen anderen, in verschiedenen Erdteilen liegenden Ländern und Gebieten zu scheuen brauchen. Das grosse Publikum, bei dem die demagogische Propaganda leichter ankommt als die Wahrheit, ist daher in diesen Dingen sicherlich schlecht informiert. Aber einige Sonderorganisationen innerhalb der UNO, insbesondere die Weltgesundheitsorganisation und die Internationale Arbeitsorganisation, deren Zuständigkeit von allen anerkannt wird, haben es denen, die es hören wollen, bereits verkündet. Ist unser Ziel zu ehrgeizig oder gar unmöglich? Brasilien und Goa, um nur diese zu zitieren, belegen, dass es möglich ist. Aber wenn auch die Zeit heute schneller marschiert als in den vergangenen Jahrhunderten, es ist Zeit nötig, viel Zeit, um eine menschliche Gesellschaft zu gestalten. Wenn man auf diesen Gebieten die Dinge überstürzen will, erscheint das in Ihrer Frage aufgeworfene Dilemma, zu dessen Vermeidung es keinen möglichen Kompromiss zu geben scheint. Das ist der Grund, warum die portugiesische Überseepolitik sich nicht als ein «Kompromiss», sondern als eine «Lösung» darstellt, die dem Westen nicht missfallen sollte, beruht sie doch völlig auf den Grundsätzen der Zivilisation, der wir angehören.

Würden Sie die Güte haben, kurz zu erklären, was Sie an der amerikanischen Politik Afrika gegenüber zu kritisieren haben, und die Art und Weise anzudeuten, wie sie verstärkt und gebessert werden könnte?

Schon bei früheren Gelegenheiten wurde mir eine ähnliche Frage gestellt. Ich habe darauf geantwortet, dass ich es nie

wagen würde, die Politik anzugeben, welche die Vereinigten Staaten verfolgen oder nicht verfolgen sollten. Es scheint jedoch zulässig zu bemerken, dass die Hauptkritik, die häufig nicht nur in Europa, sondern in den Vereinigten Staaten selbst und sogar auch schon im afrikanischen Kontinent an ihnen geübt wird, dahin geht, dass sie übereilte politische Lösungen suchen, bevor die Lösung der zahllosen und komplexen Probleme sozialer, wirtschaftlicher, technischer und kultureller Art Afrikas sichergestellt ist. In der Tat werden die Vereinigten Staaten von vielen beschuldigt, in Afrika vor allem einen Teil der Welt zu sehen, in dem das einzig Wichtige sei, dem Kommunismus eine Niederlage zu bereiten. Wenn nur einmal die politische Unabhängigkeit gewährt und sogenannte demokratische Regimes eingesetzt worden sind, dann wäre die Schlacht gewonnen; und die Vereinigten Staaten hoffen darauf und bemühen sich darum, dass diese Regimes sich in ihre Einflussphäre begeben und derjenigen der Sowjetunion entgehen mögen. Bei der Entwicklung dieser Doktrin, die uns allzu vereinfachend erscheint und vor allem nicht auf Tatsachen beruht, hat die amerikanische Regierung beständig die überstürzten Unabhängigkeiten begünstigt, die sich hier und dort nicht nur als unfähig erweisen, ihre wahren Probleme zu lösen, sondern sogar eine gewisse Neigung zeigen, dem Einfluss der kommunistischen Ideen Tür und Tor zu öffnen. Bei diesem Vorgehen haben die Vereinigten Staaten Verbündete verlassen und deren rechtmässigen Interessen zuwidergehandelt; was jedoch noch ernster zu sein scheint und überdies im Widerspruch steht zu der traditionellen idealistischen Generosität des amerikanischen Volkes, ist die Tatsache, dass aus dieser Politik keinerlei Nutzen für die in Frage stehenden Bevölkerungen entstanden ist, eher das Gegenteil. Ich weiss nicht, ob daraus wirtschaftliche oder kommerzielle Vorteile für die Vereinigten Staaten entspringen oder zu erwarten sind: Wenn jedoch die Grundsätze auf dem Spiel stehen, und wenn wirklich versucht wird, die individuelle Freiheit, die Menschenrechte und die Besserung des Lebensniveaus der Völker zu verteidigen,

hat es nicht den Anschein, dass die durch eine solche Politik erzielten Ergebnisse als ermutigend angesehen werden dürften.

Sind Eure Exzellenz der Ansicht, dass es im Interesse Portugals und Westeuropas liegt, mit den Vereinigten Staaten das Abkommen über den Stützpunkt auf den Azoren zu erneuern?

Ich möchte auf diese Frage nicht antworten und möchte bitten, dass dieselbe nicht formuliert würde.

EMPRESA TIPOGRÁFICA
CASA PORTUGUESA
RUA DAS GÁVEAS, 109
L I S B O A

2055

VERLAG
S·N·I
LISSABON

NB



EFG0000513652